

Das Jahr, das vieles veränderte: 1968



Der CDU-Politiker Dr. Jürgen Aretz war Ende der 80er Jahre im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen für Grundsatzfragen zuständig. 1990 nahm er an den Verhandlungen über den Einigungsvertrag teil. Von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde er zum Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt berufen. Ab 1999 war er Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Als Beauftragter der Landesregierung für Restitutionsfragen konnte er umfassende gütliche Einigungen mit

den betroffenen Adelshäusern abschließen und so die Kunstgüter u.a. in Weimar, Gotha und auf der Wartburg für das Land sichern. 2004 wechselte er in das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, wo er Wirtschaftsstaatssekretär vor allem für den Bereich Mittelstand (KMU) zuständig war. Von 2007 bis 2011 leitete er als Generalbevollmächtigter der Thüringer Aufbaubank deren Repräsentanz in Brüssel.

Dr. Aretz ist Historiker und hat zahlreiche wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht.

von Dr. Jürgen Aretz

Ganze 55 Jahre liegt „68“ zurück – und doch ist dieses Jahr immer wieder Bezugspunkt in der innenpolitischen Diskussion. Die Wahrnehmung ist äußerst kontrovers: Den einen gelten die damaligen Ereignisse als Aufbruch in eine „wirkliche Demokratie“ und eine überfällige kulturelle und soziale Modernisierung (West-)Deutschlands, andere verbinden damit eine Kulturrevolte und den Bruch mit Werten, die das Land bis dahin getragen hatten. So wurde „68“ zugleich „Mythos, Chiffre und Zäsur“ (W. Kraushaar).

Was geschah, hatte vielfältige innenpolitische Aspekte und außenpolitische Bezüge. Zwei Jahre zuvor – 1966 – war die erste Große Koalition von CDU, CSU und SPD gebildet worden. Um ihre Oppositionsrolle zu überwinden, hatte die SPD traditionelle Positionen aufgegeben – so ihre Gegnerschaft zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Westbindung der Bundesrepublik. Im linken studentischen Lager galt dieser Kurswechsel als Verrat.

Selektives „Sich-Verantwortlich-Fühlen“

Zentrales öffentliches Thema der Linken war der Protest gegen den Vietnamkrieg. Die USA hatten im Westen Deutschlands und Berlins nach dem Krieg eine demokratische Entwicklung ermöglicht und den wirtschaftlichen Wiederaufbau befördert, aber Mitte der 60er Jahre spielte das für studentische Kritiker keine Rolle mehr. Trotz der negativen Entwicklung der DDR und dem Mauerbau zum Trotz entwickelten sie eine Äquidistanz zu den Supermächten USA und Sowjetunion. Im Vietnamkrieg sah die Linke eine Konkretisierung des „US-Imperialismus“.

Das Bild zahlreicher Hochschulstädte wurde geprägt durch immer neue Demonstrationen, der Ausbruch von Gewalt war an der Tagesordnung. Dagegen spielten andere weltpolitische Brennpunkte wie etwa der Biafra-Krieg, der zur selben Zeit zwei Millionen Menschenleben forderte, für die „Neue Linke“ keine Rolle. Sie entwickelte ein politisch wie moralisch selektives „Sich-Verantwortlich-Fühlen“ für die ganze Welt (G. Langguth) – und sie bestimmte das Bild des Protestes. Das gilt weithin bis heute.

Neben dieser antiautoritären „Neuen Linken“, deren führende Kraft der SDS war, bestand die „alte“ Linke fort. Ihre Kernorganisation, die KPD, war 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten worden, und zwar einschließlich eventueller Nachfolgeorganisationen. Gleichwohl ließ